

Die blockierte Universität – Die 250. Jahrfeier 1987

Horst Kern*

Das Jubiläum 1987, insbesondere der erzwungene Verzicht auf die Festveranstaltungen zum 250. Jubiläum der Georgia Augusta, wird – sagte Norbert Kamp – „eine bleibende Narbe im Bild der Universität hinterlassen“. Die Universität habe einen hohen „Preis an Freiheit für die politische Entlastung“ – sprich die Entlastung der Politik – entrichten müssen.¹ Diese Worte Kamps drücken die große Enttäuschung aus, die die Ereignisse des Sommers 1987 bei diesem Präsidenten, der sich so stark mit dem Jubiläum identifizierte, und bei vielen anderen Göttingern auslösten. Aber so sehr man diese Enttäuschung immer noch nachvollziehen und teilen kann: ich möchte ihr in meinem Beitrag nicht viel Raum geben. Vielmehr will ich die Göttinger Ereignisse relativieren – das heißt in einen größeren Rahmen stellen, nämlich den der Gesamtentwicklung der (west)deutschen Universitäten in den 1970er und 80er Jahren und der Hochschulpolitik in Deutschland in dieser Periode im Allgemeinen. Wie durch ein Brennglas vereinigten sich 1987 in Göttingen die politischen und ökonomischen Strömungen, die die Universitäten in diesen Jahren vielfach bestimmten und in ihrer Entwicklung prägten, um nicht zu sagen blockierten. Göttingen gilt mir hier also hauptsächlich als ein Exempel für die Lage der deutschen Universitäten im Allgemeinen. Gegen Ende des Beitrags werde ich den Rahmen sogar noch weiter stecken, indem ich mich der soziologischen Organisationstheorie bediene – einer Disziplin, die sich viel mit der Struktur, Statik und Dynamik von Organisationen beschäftigt hat, dabei auch ein wenig

* Mein Beitrag stützt sich, soweit nicht konkreter angegeben, auf die Berichterstattung im Göttinger Tageblatt im Zeitraum Mai bis September 1987; die Protokolle über die Sitzungen des Senats der Universität Göttingen in den Monaten Januar bis Dezember 1987; die Protokolle über die Sitzungen des Organisationskomitees zur Vorbereitung der 250-Jahrfeier der Universität Göttingen im Zeitraum Januar 1984 bis November 1986; die Chronik des Sommersemesters 1987 in „Georgia Augusta“, Heft 47, S. 109 ff.; schließlich meine Gespräche mit einigen Zeitzeugen, insbesondere mit Hans-Ludwig Schreiber und Gerhard Gizler.

Meinem Mitarbeiter Andreas Bergau danke ich herzlich für seine Hilfe bei der Sammlung und Aufbereitung der Materialien.

¹ Norbert Kamp, Das Jubiläum von 1987: ein erster Rückblick, in: 250 Jahre Georgia Augusta. Akademische Feier am Tage der 250. Wiederkehr des Inaugurationstages der Universität am 17. September 1987, Göttingen 1988, S. 13.

zum Verständnis jenes Organisationstyps beitrug, dem die damaligen Universitäten zuzurechnen wären: dem Typus der erschöpften Organisation.

Damit der Gegenstand, den ich behandle, klar ist, zunächst eine Beschreibung der Ereignisse um die und an der Georgia Augusta im Sommer 1987 – für die Leser meiner Generation eine Auffrischung der Erinnerung und für die Jüngeren ein Ausflug in vergangene Zeiten, die aber noch nachwirken.

Die Universität bereitete sich mehrere Jahre auf ihren 250. Geburtstag vor – mit Norbert Kamp als spiritus rector, der seit 1984 von einem Jubiläumskomitee, besetzt mit Beauftragten der Fakultäten und zahlreichen weiteren Kollegen, unterstützt wurde. In der 9. Sitzung dieses Komitees, am 20.11.1986, stellte Kamp dann zufrieden fest, dass das Konzept stehe. Vorgesehen war ein umfangreiches Festprogramm im Sommersemester 1987, umrahmt von der Jahreshauptversammlung der Hochschulrektorenkonferenz, von vielen großen wissenschaftlichen Tagungen, mannigfachen Ausstellungen, insbesondere einer Ausstellung zur Geschichte der Georgia Augusta im Alten Auditorium sowie einer Vortragsreihe zu den früheren Jubiläen. Das Herzstück der ganzen Planungen bildete ein Festakt, zu dem tausend Ehrengäste geladen wurden (zuvorderst der Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der Ministerpräsident Ernst Albrecht nebst Kabinett), ferner eine akademische Feier, auf der 24 Ehrenpromotionen – unter anderem eine theologische mit Weizsäcker – vollzogen, zwei akademische Ehrungen (Manfred Eigen zum Ehrensenator, Carl Ernst Büchting zum Ehrenbürger) ausgesprochen und die Münchhausen-Medaille Friedrich Hund und die Dorothea-Schlözer-Medaille Julia Dingwort-Nusseck überreicht werden sollten. Für den Festvortrag wurde der bedeutende Göttinger Jurist Franz Wieacker gewonnen. Diese zentralen Veranstaltungen waren für den 26. Mai des Jahres 1987 vorgesehen.

Hinter dem ganzen Festkonzept steckte die Idee, nicht nur sich der großen Geschichte der Göttinger Universität zu erinnern, das sicher auch, sondern vor allem auch die fortbestehende nationale, ja Weltbedeutung der Georgia Augusta ins Bewusstsein der Öffentlichkeit, nicht zuletzt der (Landes-)Politik zu heben. Des Weiteren, und das war Norbert Kamp ein sehr wichtiges Anliegen, bestand die Absicht, bei Gelegenheit des 1987er Jubiläums die Verstrickung unserer Universität in den Nationalsozialismus, die bei dem Jubiläum 1937 allzu deutlich zutage getreten war, selbstkritisch aufzuarbeiten –

eine höchst bemerkenswerte Intention angesichts der Tatsache, dass die Universität anfangs nur auf studentischer Seite durch die Aufklärungen in der Studentenzeitschrift *Politikon*, dann durch einen aufrüttelnden Vortrag Albrecht Schönes zur Bücherverbrennung in Göttingen² bis dato dazu etwas gesagt hatte. Kamp wollte dieses Schweigen brechen und bereitete eine Vorlesung über „1937 – Glanz und Elend einer Universität“ vor, die am 25. Mai 1987 gehalten werden sollte.

Bald freilich fiel ein dunkler Schatten auf dieses Festkonzept – und dieser kam von der Landespolitik. Niedersachsen war in Finanznöte geraten (Mindereinnahmen durch Steuersenkungen / Stoltenbergsche Steuerreform mit negativen Folgen für die Länder 1986/1987/1988, geringerer Erdölförderzins; hohe Leistungsverpflichtungen durch frühere Schönwetterentscheidungen). Bereits das Haushaltsjahr 1986 hatte man mit einem Defizit abgeschlossen, für 1987 drohte ein weiteres, auf das die Regierung mit ad-hoc-Einsparerlassen reagierte. Für 1988 wollte man nun massiv gegensteuern mit Personaleinsparungen einerseits und, wo es ging, mit Einnahmesteigerungen andererseits. Die Universitäten standen bei der Politik in dem Ruf, sie seien ein steuerfressender Moloch, bei dem etwas zu holen sei – ganz nach dem Bonmot des Ministers Werner Remmers: „Da kann man eine Milliarde reinschmeißen, und es macht nicht einmal plumps“.³ Jedenfalls drohten den Universitäten auf beiden Seiten der beabsichtigten Haushaltsstraffung besondere Gefahren – weil bei ihnen wegen ihres relativ hohen Anteils an befristeten Stellen, somit hoher Fluktuation, schnell Personalmittel frei wurden, die man einziehen konnte; und weil die Politik glaubte, hier auf einfachem Wege höhere Einnahmen erzielen zu können – durch Studiengebühren. Im Laufe der Monate April bis Juni 1987 zogen sich diese Wolken zu einem schweren Gewitter zusammen, welches das Jubiläum verhagelte.

Zunächst der Gang der Ereignisse im Telegrammstil:

01.04 bis 15.04.1987

Sparkonzept nimmt Formen an. Kabinett und Regierungsparteien spielen sich wechselseitig die Bälle zu.

2 Albrecht Schöne, *Göttinger Bücherverbrennung 1993*, Göttingen 1983.

3 Nach einem mündlichen Bericht von Hans-Ludwig Schreiber in einem Gespräch mit dem Verfasser.

22.04.1987

P Kamp warnt vor den wahrscheinlichen Nachteilen für die Universitäten, spricht die Gefährdung des Jubiläums öffentlich an.

29.04.1987

Senat betont die negativen Folgen für Forschung und Lehre, auch Standortnachteile. Stellungnahme soll MP Albrecht auf der Festveranstaltung übergeben werden.

01.05. bis 15.05.1987

Studenten werden aktiv: Protestveranstaltungen in vielen Fächern, Vollversammlungen, Bildung eines „zentralen Streikrats“ (Tarnorganisation des AStA), massive Störungen der Festveranstaltungen angedroht („angesichts der Absichten der Landesregierung gibt es nichts mehr zu feiern“, Göttinger Tageblatt 13.05.1987), große Demonstrationen in der Innenstadt), kurze Besetzung der Aula durch eine kleine Gruppe. Die niedersächsischen ASten laden zu einer landesweiten Demonstration nach Göttingen ein (40.000 bis 50.000 Teilnehmer?). „Aktiver“ Streik ab 11.05. (anfangs fast kein Lehrbetrieb).

03.05.1987

HRK-Jahreshauptversammlung in Göttingen: Albrecht lässt sich durch MI Hasselmann vertreten, begibt sich selbst auf Dienstreise nach Bulgarien. Hasselmann: sparen als einmalige Chance, „die verfügbaren Mittel noch verantwortungsbewusster und zielgerichteter einzusetzen, sich dabei auf das Wesentliche, das Lohnenswerte, das Exzeptionelle, das Zukunftsbezogene zu konzentrieren.“ „Nutzen Sie doch die sich bietenden Chancen [...] Schöpfen Sie den Spielraum aus, den Sie durch Ihre Autonomie selber haben“ (Göttinger Tageblatt 04.05.1987).

09.05.1987

Erhöhung der Diäten für niedersächsische Landtagsabgeordnete wird bekannt.

18.05.1987

Senat wendet sich vor allem gegen Studiengebühren, beschließt Festhalten an Festveranstaltungen, plant Diskussionen zu Sparmaßnahmen, dazu Einladung an den AStA.

14.05. bis 19.05.1987

Diffuse Reaktionen in Hannover; MWK Cassens äußert sich widersprüchlich. Regierungsfractionen: Verschiebung der Studiengebühren? Sonderregelungen für zeitaufwendige Fächer? Vertrauensschutz? MWK Cassens: Schwerpunkte setzen! Bevorzugung des Forschungsvierecks Hannover-Braunschweig-Clausthal-Göttingen? Bestandsgarantien für kleine Hochschulen? Bessere Vorbereitung zugesagt. Wie diffus die Reaktionen in Hannover waren, bezeugt eine Äußerung aus den Regierungsfractionen: „Wir lassen uns nicht auf eine Arbeitsteilung ein, wonach Cassens sich mit Geld bei den großen Hochschulen lieb Kind macht und die Fraktionen festlegen, wo in welchen Hochschulen abgeräumt werden muss.“ (Göttinger Tageblatt 16./17.05.1987). Insgesamt gewisser Erfolg der Protestaktionen: Regierung scheint zu flexibler Handhabung der Sparbeschlüsse bereit.

19.05.1987

Eröffnung der Universitätsausstellung im Alten Auditorium. Eingangsblockade. MP, MWK – Dienstgespräch mit P in der Staatskanzlei: politische Verantwortung für die Durchführung des Festakts liege bei der Universität!

20.05.1987

Landesregierung sagt ihren Empfang zum Jubiläum ab. Diskussionsveranstaltung findet statt. P erläutert Position der Universität. „Streikrat“ fordert Absage des Festakts, verbunden mit Drohungen.

21.05.1987

Senat beschließt Modifikation des Ablaufs der Festveranstaltungen, hält aber an diesen selbst fest. Nach den Festlichkeiten soll eine Protestveranstaltung stattfinden mit P als Redner. Motto: „Gegen das Sparkonzept für die Hochschulen (gegen Einschränkungen in Forschung und Lehre), für Lehrfreiheit und Toleranz (gegen Behinderung von Lehre

und Verhinderung der Arbeit in der Universität).“ (Tischvorlage des Präsidenten zur Senatssitzung am 21.05.1987).

22.05.1987

MI weist über MWK die Universität darauf hin, dass sie die politische Verantwortung für den Festakt übernommen habe. Großer Polizeieinsatz in Vorbereitung.

25.05.1987

Weitere Telefonate von P mit MP und MI. Gewalttätige Auseinandersetzungen um das ZHG werden befürchtet. Senat beschließt die Absage der Festveranstaltungen.

Erklärung des Senats: „Nachdem die Landesregierung eindeutig erklärt hat, dass die Universität die politische Verantwortung für die Durchführung der Festveranstaltungen [...] trägt und kurzfristig deutlich geworden ist, dass die Festveranstaltungen auch durch gewalttätige Handlungen erheblich gestört werden, hat sich der Senat unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und nach Gesprächen mit der Landesregierung dazu entschließen müssen, den [...] Festakt sowie die [...] Feier abzusagen.“ Dies geschehe nach reiflicher Überlegung mit tiefem Bedauern. Dem Bundespräsidenten werde für seine Bereitschaft, nach Göttingen zu kommen, gedankt. (Göttinger Tageblatt 26.05.1987) Der Bundespräsident seinerseits bedauert, nicht nach Göttingen kommen zu können.

P teilt die Absage vor Beginn seines Vortrags über „1937 Die Universität im Nazismus“ mit. Der Vortrag selbst findet große Resonance.⁴ Die Senats-Protestveranstaltung findet nicht statt. Die Ehrenpromotionen sollen in den Fachbereichen durchgeführt werden.

26.05.1987

Großdemonstration (auch Professoren, 25.000 bis 40.000 Teilnehmer?) Weitgehend friedlich, Polizei dankt Teilnehmern für besonnenes Verhalten.

02.06. bis 30.06.1987

4 Später veröffentlicht als: Norbert Kamp: Das Göttinger Jubiläum von 1937: Glanz und Elend einer Universität, Göttingen 1987.

Landesregierung hält am Sparkurs fest, kommt aber den Universitäten bei der Durchführung entgegen. MWK legt einen langen Ausnahmekatalog für Studiengebühren fest. Stimmen im Kabinett gegen Studiengebühren (Gebühren-Projekt wird später fallengelassen). MP sucht einen neuen MWK-Staatssekretär, der – nach einem Zeitungsbericht (Göttinger Tageblatt 26.05.1987) – „Ansehen bei den Hochschulen mitbringt, zugleich aber das Talent, den Hochschulen so weh zu tun, wie die Finanzlage das erfordert“. Er findet ihn in Hans-Ludwig Schreiber. Der Protest erlahmt, allerdings einige militante Nachhutsgefechte.

17.09.1987

Inaugurationsfeier, spärliche Proteste. MP nimmt teil. (Bild 12) Die universitären Ehrungen werden vollzogen. Franz Wieacker kann jetzt seine Jubiläumsrede halten. Will man begreifen, warum es zu diesen für viele Beteiligte wohl unerfreulichen und im Resultat auch unbefriedigenden Konflikten kommen konnte, muss man sich die Akteure genauer ansehen. Das soll im Folgenden geschehen.

Typisierend rede ich von drei Akteursgruppen: erstens den Politikern, zweitens den Studenten, drittens den Professoren.

Die Politiker

Die vorherrschende Meinung war hier: Die Universitäten sind eine extrem teure Veranstaltung. In den letzten 20 Jahren wurden ihnen staatlicherseits immer mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt – ablesbar an der Personalentwicklung (siehe Figur). Damit müsse angesichts der engeren Finanzspielräume des Staats jetzt Schluss sein, und es könne auch Schluss sein – zumal die Prognosen zur Studentenentwicklung zeigten, dass das Maximum bald erreicht sei und alsbald eine Entspannung eintreten werde (was übrigens stimmte). Das Problem mit der Politik ist nicht, dass man dieses Kalkül nicht nachvollziehen könnte. Es besteht vielmehr darin, dass dieses Kalkül viel zu schlicht war und vor allem bar jeden Verständnisses für die Besonderheiten der universitären Arbeit und die Kompliziertheit des Wissenschaftssystems überhaupt.

In Albrechts Verhalten gegenüber der Georgia Augusta trat dieses Unverständnis, um nicht zu sagen diese Gleichgültigkeit, deutlich hervor.

[Figur: Quellen: Göttinger Tageblatt 26.05.1987; <http://www.goesis.goettingen.de> 054.40 Universität Göttingen: Studenten 1950-211 sowie eigene Auszählungen aus den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Göttingen; Peter Lundgren u.a.: Das Personal an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1953-2005, Göttingen 2009, S. 185; dies: Berufliche Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2001, Göttingen 2008, S. 262]

Er schwänzt die wichtige, vor allem auch symbolisch aufgeladene HRK-Vollversammlung und fährt stattdessen nach Bulgarien. Er schickt statt seiner den in Universitätsfragen unbeleckten Hasselmann, der die versammelten Repräsentanten aller deutschen Universitäten mit Formeln abspeist. Er behält einen Wissenschaftsminister im Amt, der als Nicht-Fachmann, nur aus Gründen des Regionalproporz, in diese Position gekommen war und der in den Universitätskonflikten mehr als hilflos agierte. Er sagt für sich und sein Kabinett das Erscheinen auf den Festakten ab, obwohl der Bundespräsident von Weizsäcker an seiner Zusage festhält. Er brüskiert so die Universität, bittet aber stehenden Fußes den AStA zu einem Gespräch in ein Universitätsinstitut (den Botanischen Garten), dass dieser natürlich ablehnt. Die einzige sinnvolle Handlung: Ernennung des neuen Staatssekretärs.

Gravierender als diese Stilfragen erscheint mir allerdings, dass die Landesregierung erkennbar über kein durchdachtes, in sich konsistentes Hochschulkonzept verfügte. Das niedersächsische Hochschulwesen war ja durch die vielen Neugründungen überdimensioniert geworden und hatte seine Balance verloren, weil nun den unterfinanzierten Standorten im Westen und Norden drei alte Technische Hochschulen, je eine Medizinische und Tiermedizinische Hochschule und eine große klassische Universität – eben Göttingen –, alle noch relativ ordentlich finanziert, gegenüberstanden. Wie wollte man dieses komplizierte System angesichts der prekären Haushaltslage weiterentwickeln – mehr nivellieren, das würde heißen von den alten, noch recht forschungsstarken Standorten in die neuen, eher lehrintensiven umverteilen – oder stärker konzentrieren, das hätte geheißen, kleinere Standorte im Nordwesten zum

Schutz des „Forschungsvierecks“ notfalls sogar zu schließen? Weder gab es auf diese zugegeben besonders kitschige politische Frage auch nur den Ansatz einer klaren Antwort, noch wurden andere Probleme, die sich aus der Entwicklung des Hochschulwesens in den 1979er/80er Jahren dringlich stellten, aufgegriffen und angegangen. So nicht die Tatsache, dass viele Universitäten (auch die Georgia Augusta) zu Mammut-Organisationen mutierten, die man mit den alten Steuerungsinstrumenten nicht mehr auf Leistung halten und optimieren konnte. Man muss sich nur die absoluten Professorenzahlen vergegenwärtigen: 557 Professuren jetzt statt 154 im Jahre 1966, 30.000 Studenten jetzt statt 12.000 wiederum im Jahre 1966. Auch gab es keine Antwort auf den Umstand, dass die Universitäten (auch die Georgia Augusta) zu einem Ort des Massenstudiums und zu einem Parkplatz für Arbeitslose geworden waren, also gesellschaftliche Aufgaben übernommen hatten, die kaum mit der alten Bildungs- und Wissensfunktion der Universitäten in Übereinstimmung standen. Niemand hatte auf diese Fragen damals befriedigende Antworten. Aber dass das Problembewusstsein in Hannover besonders schwach war, ist ein Faktum, und dies mag verständlich machen, warum auf der politischen Seite im Sommer 1987 soviel Tohuwabohu bestand.

Die Studenten

In Bezug auf die Studenten ist unsere Wahrnehmung leicht durch die aggressiven Töne bestimmt, die viele Sprecher damals anschlügen, auch durch einige gewalttätige Aktionen. Auch das gab es – bis hin zu dem Irrsinn, dass die Studentenzeitung „Göttinger Nachrichten“ anlässlich von Albrechts Einladung in den Botanischen Garten provokativ den Mescalero-Artikel, diesen zynischen „Nachruf“ auf den ermordeten Generalbundesanwalt Buback aus den 1970er Jahren wieder abdruckte.⁵ Bei all diesem sollte jedoch nicht vergessen werden, dass das besondere Kennzeichen der studentischen Proteste im Mai 1987 in etwas anderem bestand: dass diese Proteste nämlich in allen Fächern der Universität aufbrachen – auch bei den Chemikern oder Förstern –, dass sehr viele Studenten mitmachten – es waren Massenproteste im wortwörtlichen Sinne, wie sie in Göttingen später nie mehr vorgekommen sind –, und

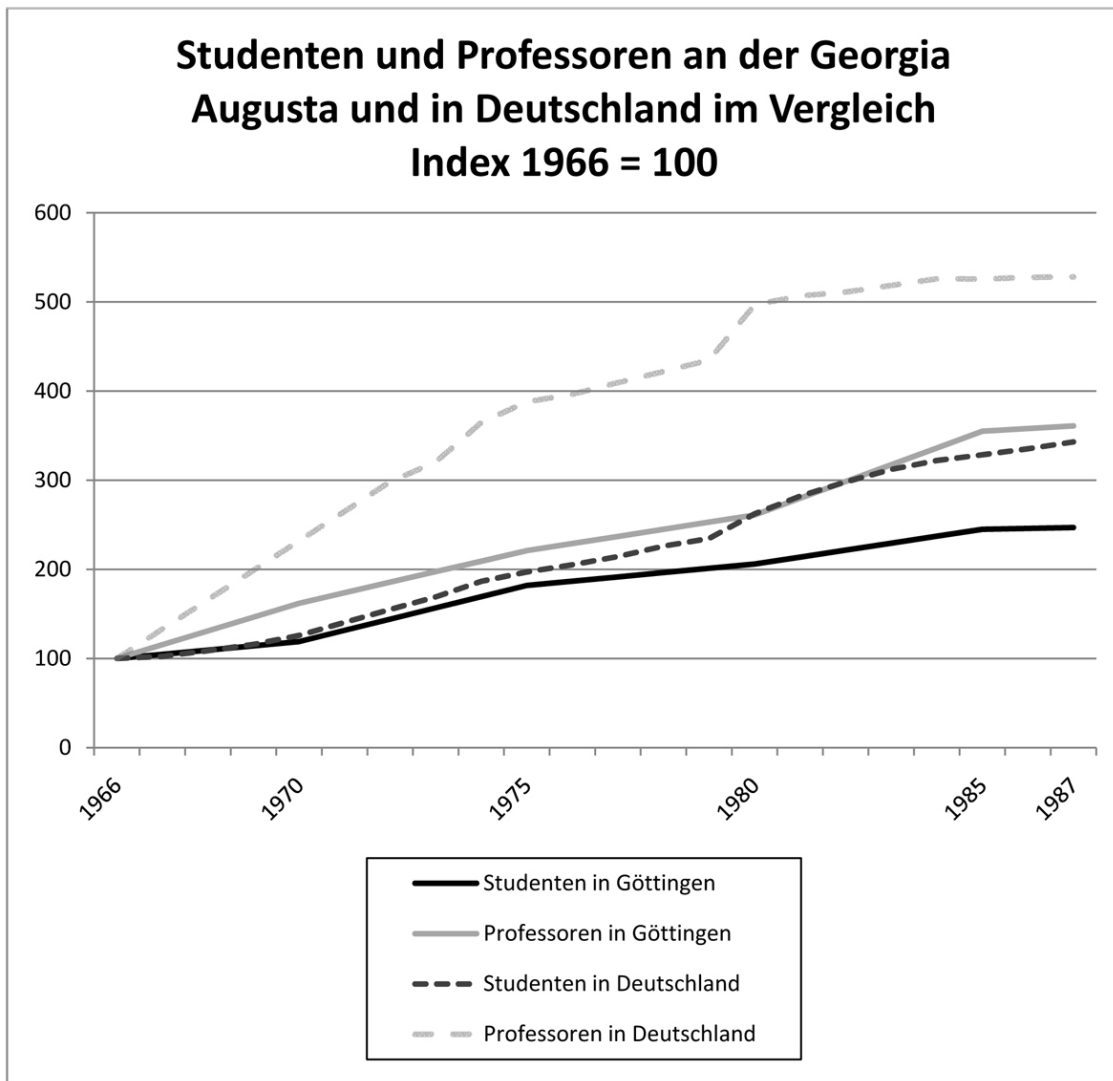
5 Göttinger Tageblatt 16./17.05.1987

dass die allermeisten Beteiligten sich nicht in militante Abenteuer hineinziehen ließen. Eben weil dieses Merkmal sie auszeichnete, machten die Proteste dann auch Eindruck – auch bei der Politik. Die Frage, warum die Hannoversche Sparpolitik damals in Göttingen so viele Studenten in so vielen Fächern so sehr reizte, dass sie sich in Bewegung setzten, ist schwerer zu beantworten, als man zunächst denkt. Natürlich hat das etwas mit der Erfahrung des Massenstudiums zu tun: Man war nicht mehr einer/eine von ein paar tausend, sondern von mehr als dreißigtausend. Aber die Dinge sind komplizierter, wie schon ein erneuter Blick auf die Figur argwöhnen lässt. Die Studentenzahlen waren hoch, und sie waren in den zwei Jahrzehnten vor 1987 beträchtlich gestiegen. Aber die Ressourcen – nehmen wir als Indikator die Zahl der Professoren – waren noch rasanter gestiegen. Das bedeutet, dass die rechnerischen Betreuungsrelationen 1987 besser waren als in den Zeiträumen davor – ein Faktum, das die Erklärung „Massenstudium“ in der Tat kompliziert macht.

Vermuten lässt sich: a) Dass die Universität, gefangen in ihrer übernommenen Studienorganisation, trotz größeren Ressourcen auf die (bis 1993) immer weiter steigenden Studentenzahlen nicht schnell und flexibel genug, auch nicht durch bessere Orientierungshilfen („Studienberatung“) reagieren konnte. b) Dass die Überfüllung objektiv zwar nur gewisse Fächer betraf – Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften, Germanistik –, während sich in den experimentellen Fächern eher nur erste Anzeichen für eine Überfüllung äußerten – z.B. bei der Vergabe von Praktikumsplätzen in der Biologie –, dass aber das Überfüllungsempfinden ganz allgemein war, und zwar weil im Umfeld seines eigentlichen Studiums jeder Student Engpässe zu erdulden hatte: in den Mensen, in den Bibliotheken, in den Unterkünften, ja selbst auf der Straße, denn für die kleine Stadt Göttingen waren 30.000 Studenten einfach zu viel. c) Dass die Verwendungsfähigkeit akademischer Qualifikationen angesichts der Krisenerscheinungen auf den Arbeitsmärkten im Schnitt abgenommen hatte und selbst in Fächern, in denen man früher sicher sein konnte – z.B. der Chemie – jetzt heikel zu werden drohte. Das schürte Existenzängste, verlängerte die Statuspassagen vom Studium in den Beruf, damit die Verweilzeiten auf der Universität.

Mit diesen Bemerkungen bin ich bereits bei dem größeren Thema der Lage und des Bewusstseins der Studentengeneration der 1980er Jahre, das ich gleich noch einmal

ansprechen werde. Zunächst sei nur festgehalten, dass es auch und vielleicht besonders bei den Göttinger Studenten 1987 ein gewisses Unsicherheits- und Unzufriedenheitspotential gab. Die Sparpläne der Hannoverschen Regierung stachelten dieses Potential auf und trieben viele Studenten für eine allerdings nur kurze Zeit zu Demonstrationen auch auf die Straße.



Quellen:

Daten zu Göttingen: www.goesis-goettingen.de 054.40 Universität Göttingen: Studenten 1950-2011 sowie eigene Auszählungen aus den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Göttingen.

Daten zu BRD: Peter Lundgreen u. Mitarbeiter: Das Personal an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1953 - 2005, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2009, S. 185; dies: Berufliche Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2001, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008, S. 262.

Die Professoren

Norbert Kamps Rückhalt in der Göttinger Professorenschaft war sehr groß – generell und ganz gewiss speziell in der Jubiläumsangelegenheit. Kamp sprach von Amts wegen natürlich für die ganze Universität, und er bemühte sich dabei redlich, allen in der Universität vertretenen Gruppen gerecht zu werden. Doch er war immer ein Professor, der die Sichtweisen und das Selbstbild seiner Kollegen artikulierte. Wenn er z.B. sagte, dass das Besondere der Georgia Augusta darin bestanden habe, dass sie dem Wandel des Universalgelehrten des 17. und 18. Jahrhunderts „zum forschenden Professor“ die Bahn gebrochen habe,⁶ so war das eine Erinnerung an eine große Vergangenheit verbunden mit einer Selbstverpflichtung in Gegenwart und Zukunft. Unverkennbar allerdings auch der erhobene Zeigefinger nach Hannover: Der Landesregierung sollte zugleich – wie Kamps Sprecher Gerhard Gizler damals hinzufügte – „die aus der großen Vergangenheit unserer Universität erwachsene Fürsorgepflicht vor Augen“ gehalten werden.⁷ Abwehr der Sparabsichten und Anspruch auf eine gewisse Bevorzugung, auf eine Sonderstellung bei der Verteilung der knappen Ressourcen waren immer mitgedacht.

Kamp war sich natürlich der veränderten Lage der Universitäten bewusst, damit der durch sie bedingten neuen Herausforderungen. Diese sah er nicht nur in der Bewältigung des Studentenbergs, sondern auch in dem immanenten Wandel der Forschung selbst: „Unter den Arbeitsbedingungen moderner Großforschung“ müsse „in der auf die Begegnung von Lernenden und Lehrenden und damit auch relativ kleine Arbeitseinheiten hin angelegenen Universität nach der Funktion, der Leistungsfähigkeit und den Entfaltungsbedingungen der Forschung in der Universität“ gefragt werden. In diesem Zusammenhang wollte er unbedingt daran festhalten, „dass die innovative Kraft der Universität für sich selbst und für die Gesellschaft von ihrer Fähigkeit abhängt, Forschung zu pflegen und zu fördern“.⁸

Mit solchen Worten traf Kamp, darauf kommt es hier an, einen wesentlichen Zug des Berufsverständnisses der Göttinger Professorenschaft. Mit Kamp teilten die Professoren

6 Göttinger Tageblatt 04.05.1987.

7 Göttinger Tageblatt 19.05.1987.

8 Göttinger Tageblatt 04.05.1987.

freilich auch den etwas appellativen Akzent, der den zitierten Worten anhaftete. Denn wie genau unter den Bedingungen der Großforschung und, das muss man ja hinzufügen, des Massenstudiums die Leitfigur des Forschungsprofessors realisiert werden kann, blieb offen. Insofern muss man zugeben, dass das Organisationsmodell, dem sich Kamp und seine Kollegen verpflichtet fühlten, bei allem Gegenwartsbezug auch ein rückwärtsgewandtes Moment hatte. Das ist nicht so erstaunlich angesichts der objektiven Schwierigkeit, das Modell des forschenden Professors aktuell zu halten. Aber es irritiert doch ein wenig, wenn man bedenkt, dass die überwiegende Mehrheit der 1987er Göttinger Professorenmannschaft jung war und erst unlängst – in den 1970er und frühen 1980er Jahren – das Professorenamt übertragen bekommen hatte.⁹ Die meisten gerieten sogleich in den Strudel der Umwälzung der Universität, in dem die Orientierung am alten Professoren- und Universitätsmodell kaum noch Hilfe versprach. Wenn sie es trotzdem als Referenzpunkt ihres Selbstverständnisses bevorzugten, dann wohl, weil sie sich an ihrer Vorgängergeneration orientierten, der sie nacheiferten, obwohl die Bedingungen des Fortschreibens des alten Modells, das die älteren vielleicht noch hatten leben können, nicht mehr so recht gegeben waren. Orientierung an der Vorgängergeneration, wie voluntaristisch auch immer: Das erschien vielleicht auch deshalb verführerisch, weil die Vorgänger mit den zahlreichen Emeriti (knapp 100)¹⁰ in der Georgia Augusta sehr präsent waren und das intellektuelle Klima unter den Professoren stark beeinflusste. Bezeichnend dafür war übrigens die Entscheidung, Franz Wieacker mit dem Jubiläumsvortrag zu beauftragen. Gewiss war Wieacker, auch schon Emeritus, ein ganz großer Gelehrter. Gewiss ragte er als blendender Kopf aus der Professorenschaft heraus. Und so ist sein Gang durch die Geschichte der Georgia Augusta, dem er den bezeichneten Titel „Dauer im Wandel“ gab und den er auf der Inaugurationsfeier am 17.09.1987 dann doch noch vortragen konnte, immer noch faszinierend nachzulesen.¹¹ Aber Wieacker war von der alten Schule. Mit den neuen Herausforderungen, die sich der Georgia Augusta stellten, konnte er wenig anfangen. In Parenthese ging er zwar auf die immer stärker werdende berufspraktische Funktion der

9 Nach Daten aus den Vorlesungsverzeichnissen.

10 Nach Daten aus den Vorlesungsverzeichnissen.

11 Franz Wieacker, Die Georgia Augusta: Dauer im Wandel, in: 250 Jahre Georgia Augusta. Akademische Feier am Tag der 250. Wiederkehr des Inaugurationstages der Universität am 17. September 1987, Göttingen 1988, S. 27 ff.

Universität ein, sprach er von der Universität als „Dienstleistungsveranstaltung“,¹² verließ dies Thema aber schnell wieder, um mit einem kräftigen „vivat, crescat, floreat Academia“ zu enden.¹³

So war denn die Konstellation in Göttingen im Sommer 1987 durch drei letztlich kontradiktorische Kräfte bestimmt: durch eine Politik, die keine klare Vorstellung von der Besonderheit der Universität hatte und die sie schlicht aus einem budgetären bzw. fiskalischen Blickwinkel sah; durch eine Studentenschaft, die mit ihren Studien- und Lebensbedingungen unzufrieden war und die ein Zusammenstreichen des Universitätsetats als weitere Bedrohung empfand, die andererseits aber auch wenig Sinn für ein Halleluja auf die Geschichte der Georgia Augusta aufbrachte; durch eine Professorenschaft schließlich, deren Selbstverständnis von einem Ideal durchzogen war, das sich aus der Vergangenheit speiste. Kein Wunder, dass dieses Jubiläum daneben ging. Fürs Erste jedenfalls blockierten sich diese Kräfte wechselseitig – und diese Blockade schlug sich dann in den Ereignissen nieder, über die oben berichtet wurde. Wie spezifisch göttingisch auch immer diese Konstellation war, wie sehr auch immer sich die Konflikte gerade im Göttinger Jubiläum zuspitzten: Das Göttinger Jubiläum 1987 war nur ein Exempel, nur eine etwas extreme Ausprägung der Schwierigkeiten, in der die (west-)deutschen Universitäten in dieser Periode überhaupt steckten. Nunmehr muss der Rahmen dieser Betrachtungen erweitert und ein Blick auf die allgemeine Lage der Universitäten in (West-)Deutschland in den 1980er Jahren geworfen werden. Christoph Oehler kennzeichnet in seiner Studie „Hochschulentwicklung in der BRD seit 1945“ die Phase, die hier interessiert, die zweite Hälfte der 1980er Jahre, mit dem Begriff der Legitimationskrise.¹⁴ Damit meint er, dass die Hochschule die Funktion, welche die Gesellschaft von ihr erwartet, „nicht mehr adäquat erfüllen kann und dass ihr die Kompetenz hierfür nicht mehr zuerkannt wird“.¹⁵ Besser wäre es, von einer Überdehnung und Erschöpfung der Institution „Universität“ zu sprechen. Überdehnung, weil der Universität in kurzer Zeit neue Leistungen abverlangt wurden, die sie mit dem Repertoire ihrer eingespielten organisatorischen Praktiken nicht befriedigend erfüllen

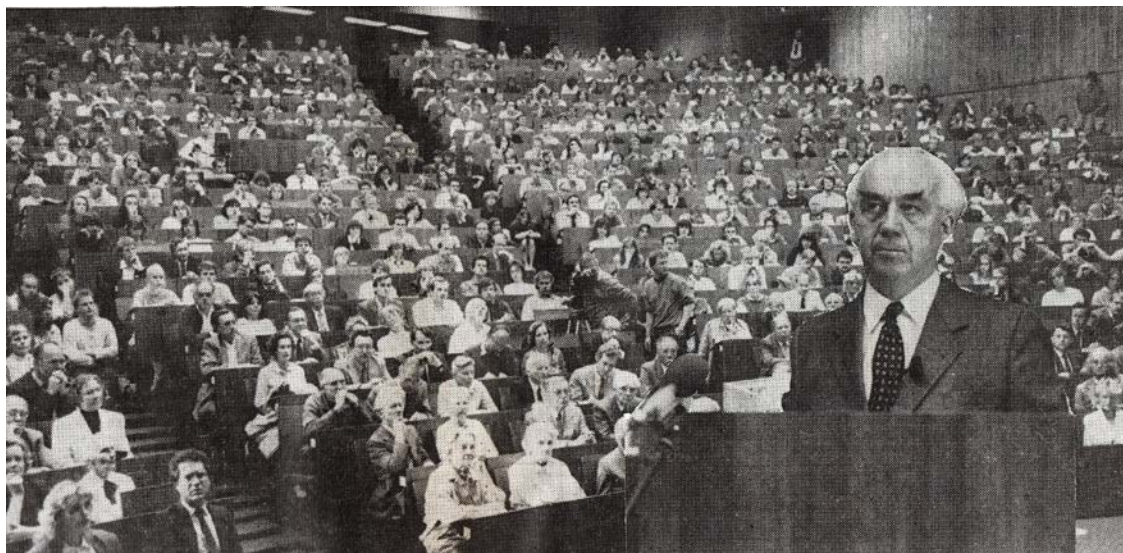
12 A.a.O., S. 57.

13 A.a.O., S. 58.

14 Christoph Oehler, Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Frankfurt 1984, S. 233.

15 A.a.O., S. 234.

konnte. Erschöpfung, weil nun organisatorische Anpassungen an der Zeit waren, die die Universität aus eigener Kraft aber nicht oder nicht schnell genug bewerkstelligen konnte.



Phänomene der Überdehnung lassen sich für diese Zeit in allen Handlungsfeldern der Universität aufzeigen – auch im Bereich der Forschung, wo durch die stärkere Arbeitsteilung und Technisierung eine Verbetrieblichung der Prozesse geboten war, die mit der stark dezentralen, oft noch kleinstbetrieblichen Organisationsweise der klassischen Universität nicht gesichert werden konnte. Andere Aspekte der Überdehnungsproblematik scheinen in der beigefügten Figur auf.

Der Studentenberg, den die Universitäten abarbeiten mussten. Die Nachfrage nach Studienplätzen stieg in kurzer Zeit überall stark an – vor allem durch die geburtenstarken Jahrgänge, die von Mitte der 1970er Jahre bis zum Beginn der 90er Jahre in die Universitäten drängten, ferner durch Veränderungen im Bildungsverhalten. Infolge des „Öffnungsbeschlusses“ der Ministerpräsidenten von 1977, der darauf hinauslief, den Zugang zu den Universitäten nicht zu beschränken, mussten die Universitäten die Nachfrage wohl oder übel akzeptieren – mit dem Resultat des in der Figur abgebildeten beträchtlichen Anstiegs der Studentenzahlen.

Wichtig war sodann der Ausbau der Kapazitäten – hier wiederum ablesbar an der Entwicklung der Professorenzahlen, die Anfangs stürmischer verlief als das Wachstum der Studenten in den 1980er Jahren, dann aber hinter diesen zurückblieb (siehe Figur). Die Universitäten wurden immer größer, damit auch organisatorisch schwerfälliger, weil ihr Organisationsmodell den mammutbetrieblichen Anforderungen nicht folgen

konnte. Man machte einfach mehr vom selben. Der Koordinationsaufwand stieg, die Kommunikation nahm ab, die Ausbildungseffizienz sank, der kognitive Grenzvertrag ebenfalls usw.¹⁶ Summa summarum: Die Institution „Universität“ war in der Tat erschöpft, „exhausted“.

Organisatorische „Erschöpfung“ materialisiert sich – hier zitiere ich Christine Trampusch mit einer Studie, allerdings nicht über die Universitäten, sondern den Sozialstaat¹⁷ [immer H.K.], als eine Dynamik von Problem- und Konfliktsequenzen – auch im Fall der Universitäten. Die universitätsinternen Konflikte eskalierten, weil viele Mitglieder der Universität mit ihrer Lage unzufrieden wurden. So die Professoren, die um ihren Status zu bangen begangen und die ihn Teils in „konservativ-ständischen Reaktionen“ verteidigten, teils in „Resignation oder Privatisierung“ verfielen.¹⁸ So die Studenten, die ein stärker instrumentelles Verhältnis zur Universität entwickelten und Ausbildungsleistungen anforderten, mit dem sie auf dem engeren akademischen Arbeitsmarkt reüssieren konnten.¹⁹

Im Fall der Universitäten wurde die Konfliktdynamik mehr noch durch externe denn durch diese internen Kräfte bestimmt: insbesondere durch die Reaktionen auf staatlicher Seite. Der Staat nahm die Erschöpfung der Universität zum Anlass und zur Rechtfertigung von „Zentralisierung, Administrierung und inhaltlicher Lenkung durch staatliche Instrumentarien“²⁰ – also, soziologisch gesprochen, zu einer „Entautonomisierung“ der Universitäten. Generell, so auch hier, ist „Entautonomisierung“ das typische Schicksal von Organisationen im Zustand der Erschöpfung.²¹ Diese Eingriffe von außen in die Universitäten wurden in den 1980er Jahren um so schärfer, je mehr man das allgemeine Ziel der staatlichen Haushaltskonsolidierung auch dadurch glaubte erreichen zu können, dass man die kostspieligen Universitäten an die Kandare nahm.

16 Vgl. Heinz Griesbach u.a., Studenten, Studiensituation und Studienverhalten, in: Ludwig Huber (Hg.), *Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule*, Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Band 10, Stuttgart/Dresden: Ernst Klett Verlag, S. 224; Kai S. Cortina u.a. (Hg.), *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick*, Reinbek bei Hamburg 2008, S. 611 f.

17 Christine Trampusch, *Der erschöpfte Sozialstaat. Transformation eines Politikfeldes*, Frankfurt/New York 2009, S. 22.

18 Ludwig Huber & Gerhard Portele, *Die Hochschullehrer*, in: Huber (Hg.), a.a.O., S. 213.

19 Griesbach u.a., a.a.O., S. 224.

20 Wolff-Dietrich Webler, *Geschichte der Hochschule seit 1945*, in: Huber (Hg.), a.a.O., S. 184.

21 Trampusch, a.a.O., S. 22.

Die Konflikte in Göttingen um das Jubiläum 1987 kann man als ein Einzelphänomen in dieser größeren Konfliktkette interpretieren. Es gab zwar die Göttinger Spezifika, auf die hier aufmerksam gemacht wurde: die besonders „universitätsfremde“ Regierung; die kleine Stadt, die wie ein Treibhaus wirkte; die die eigene Geschichte stark idealisierende Professorenschaft. Diese Spezifika verliehen dem Konflikt seine besondere Schärfe. Nicht etwa erklären sich indes Zeitpunkt und Radikalität des Göttinger Konflikts daraus, dass der allgemeine Erschöpfungszustand der deutschen Universitäten besonders Göttingen erfasst gehabt hätte. Manche Überdehnungsphänomene traten in Göttingen vielleicht sogar schwächer in Erscheinung als andernorts.²²

Sei es wie es wolle. Überdehnung und Erschöpfung einerseits, daraus resultierende Konfliktsequenzen andererseits waren also in den 1980er Jahren Kennzeichen der deutschen Hochschullandschaft überhaupt. Das führt zu der abschließenden Frage: War aus einer solchen Konstellation heraus eine Erneuerung des deutschen Universitätswesens möglich? Konnte die Funktionsfähigkeit der Universitäten wiederhergestellt werden? Wenn ja: mit welchem Modell? Und wie ist das in Göttingen?

Das alles kann hier nicht ausführlich erörtert werden. Ein paar Bemerkungen mögen genügen. Generell gilt: Erschöpfte Organisationen schleppen sich zunächst einmal dahin. Die in ihnen angelegte Konfliktdynamik nagt weiter an ihren Funktionsgrundlagen – bis die Organisation entweder zerfällt oder radikalen Veränderungen unterworfen wird. Bei den Universitäten setzte nun Mitte der 1990er Jahre eine Serie sehr grundlegender Veränderungen ein. Die Dinge sind bekannt, sodass ich nur die Stichworte bringe: Realkostenrechnung, Globalhaushalt, Bachelorisierung, Evaluierung, formelgebundene Mittelvergabe, Dienstrechtsreform, Exzellenzinitiative und so fort.

Dem Modus der Entautonomisierung entsprechend kamen die Impulse und die Konzepte für diese Veränderungen in starkem Maße von außen – von den staatlichen Instanzen und deren Beratern, die die Handlungsschwächen der Universitäten nutzten

22 Man beachte bei der Interpretation allerdings, dass die Gesamtzahl der Universitäten in Westdeutschland von 1966 bis 1987 stark gewachsen war; 22 neue Universitäten waren hinzugekommen.

und die den Hochschulen die Veränderungen wenn nicht gar oktroyierten, so doch nahebrachten. Dieses externe Moment des Wandels führte dazu, dass manche Maßnahme wiederum unter einer gewissen bürokratischen Überformung litt – die eine mehr („Bachelorisierung“), die andere weniger („Exzellenzinitiative“). Und wo dies der Fall war, konterkarierten möglicherweise neue Funktionsmängel die positiven Effekte. Nichtsdestotrotz desavouiert der initiative Einfluss externer Kräfte nicht unbedingt die Maßnahmen selbst – vieles war im Ansatz vernünftig, ja notwendig. So die Systematisierung der Erstausbildung; so die Einführung forschungsbezogener Studiengänge; so der Aufbau multidisziplinärer Forschungszentren; so die Einführung neuer Steuerungsinstrumente.

Hier ist nicht der Platz, um diese Neuerungen im Einzelnen zu würdigen, weder im Hinblick auf ihre Stärken noch im Hinblick auf die Mängel und immanenten Widersprüche, die sie auch aufweisen. Es reicht zu sagen, dass wir heute alles in allem nicht nur andere Universitäten haben als Ende der 1980er Jahre, sondern – gemessen an den Funktionsdefiziten der alten Universitäten – durchaus in vielen Punkten auch bessere – besser jedenfalls in dem Sinne, dass „Erschöpfung“ (organisationssoziologisch, nicht personell verstanden) nicht die Kategorie ist, die der heutigen Lage angemessen wäre.

Dass diese – man kann durchaus sagen „positive“ – Entwicklung möglich wurde, hat vielfältige Gründe. Nur einer davon sei ganz zum Schluss noch gestreift, denn er bietet die Möglichkeit, den Kreis des Arguments zu schließen und zur Georgia Augusta im Jubiläumsjahr 1987 zurückzukehren. Ein Merkmal des seinerzeitigen Konflikts war ja die schroffe Entgegensetzung von staatlichen Instanzen, die keinen Sinn für die Besonderheiten der Universität hatten, einerseits, und einer Universität, einer Professoren und Studentenschaft, die sich selbstbezüglich verhielt, andererseits. Wenn die späteren Maßnahmen zur Universitätsentwicklung doch gewisse Erfolge zeitigten, dann nicht zuletzt auch deshalb, weil diese Konfrontationen geringer wurden: Die staatliche Seite wurde offener für die Einsicht, dass Universitäten zu komplex und funktionsnotwendig zu dezentral sind und bleiben müssen, als dass man sie wie ein Katasteramt behandeln könnte. Und auf der universitären Seite wurde die Einsicht stärker, dass nicht jede Initiative, die von außen, vom Staat kommt, des Teufels ist. Die

Ironie des gescheiterten Jubiläums 1987 ist, dass es dieses entgegengesetzte Organisationslernen befördert hat.

Diese Aussage kann man sogar personalisieren. Der Konflikt brachte den Göttinger Professor Hans-Ludwig Schreiber in das Amt des Staatssekretärs im Niedersächsischen Wissenschaftsministerium. Er sensibilisierte dort manchen Beamten für die Universität. In die Universität zurückgekehrt, wurde er deren zweiter Präsident nach Norbert Kamp. In der Universität öffnete er die Türen für Neuerungen und moderierte zwischen den internen Kräften und den externen. Nimmt man das symbolisch, so hätten die Konflikte um das Jubiläum 1987 sogar ein Gutes gehabt.